

# Danzigter Volksstimme

Organ für die werktägige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 235

Montag, den 8. Oktober 1923

14. Jahrg.

Betragssatz für die Woche vom 8. 10. - 15. 10. 1923  
25 Mill. Papier frei, über 25 Goldpf. Postbezugssatz  
für Oktober: Grundpr. 12.000 M., Schätzungsatz: An-  
zeigen: 6.-Goldpf. Zeile 10 Goldpf., Reklamezeile 6 Goldpf.  
zulässig in Papieren nach dem Stande des Dollar am Börse am  
28. September. 1 Dollar = 1,20 M. - Wohnelemente und  
Interessentenfrage in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, im Spindhaus Nr. 6  
Postleitzahl: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Drucksachen 1200.

## Die neue Regierung der großen Koalition.

Nach langwierigen Verhandlungen ist am Sonnabend die zweite große Koalitionsregierung Stresemann zusammengetreten. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

**Dr. Stresemann, Reichskanzler u. Älteres (Dt. Rp.)**  
**Gollmann, Inneres (Soz.)**  
**Koeth, Wirtschaft (Zentrum). (?)**  
**Enther, Finanz (Demokrat). (?)**  
**Radbruch, Justiz (Soz.)**  
**Fuchs, Besetzte Gebiete (Zentrum).**  
**Gehler, Reichswehr (Demokrat).**  
**Deser, Eisenbahnen (Demokrat).**  
**Höfle, Post (Zentrum).**  
**Brauns, Arbeit (Zentrum).**  
**Ernährung: noch unbesetzt.**  
**Robert Schmidt, Wiederaufbau (Soz.)**

In das Reichsarbeitsministerium tritt als weiterer Staatssekretär der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Silbersmidt, ein, der im Gewerkschaftsleben eine hervorragende Rolle spielt und seinerzeit die Verhandlungen in Paris über die Beteiligung der deutschen Arbeiter an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs geführt hat.

Stresemann stellte seine Regierung noch am Sonnabend dem Reichstag vor und legte in einer längeren Rede das Programm seines neuen Kabinetts dar. Scharf wandte er sich gegen die Kritiker des Parlamentarismus auf der äußersten Rechten und gegen die Kriegermacher in seiner eigenen Fraktion. Er hielt gleichzeitig Abrechnung mit den Wirtschaftlern und Fachmännern, die, so oft sie gerufen wurden, versagten, um sich später immer wieder als die „nationalen“ und „opferbereiten“ Männer hinzustellen. Die außenpolitischen Ausführungen Dr. Stresemanns waren frei von jeder Bemängelung. Mit einer anerkennenswerten Schärfe, die bis in die äußerste Linke hinzumündete, ging er mit den Deutschnationalen ins Gericht, die sich als Kriegsverlierer nicht schämen, ihm den Vorwurf des Landesverrats zu machen, weil er sich den Notwendigkeit nicht verschloß, den passiven Widerstand aufzuheben. Trotzdem gestand der Reichskanzler, daß die Regierung durch die Aufhebung des passiven Widerstandes einen Erfolg nicht erzielt hatte, indem er aber gleichzeitig, wenn auch in vornehmer Form, die Unterlassungsländer des Kabinetts Cuno an Hand der letzten Rede des englischen Außenministers für diese Tat sache mitverantwortlich mache. Dazu hatte der Kanzler alles Recht. Wesentliche Schuld an der Entwicklung der Zustände in den letzten Monaten fällt auf die Verantwortunglosigkeit der Regierung Cuno. Sie hat sich unter dem Druck der Deutschnationalen auch zu einer Zeit, als noch die Möglichkeit bestand, den Höhepunkt des passiven Widerstandes erfolgreich zugunsten Deutschlands auszunutzen, allen politischen Notwendigkeiten verschlossen. Sie hat das Volk und die Funktionen des Reichstages bewußt belogen.

Über die skandalösen Verhältnisse in Bayern ging Stresemann allerdings mit Stillschweigen hinweg. Bissher hat das Reich wohl Anordnungen nach Bayern gegeben, ohne daß von der Durchführung auch nur das geringste zu spüren war. Der Reichsverkehrsminister hat z. B. den General v. Löffelholz beauftragt, das Erscheinen des „Völkischen Beobachters“ mit Waffengewalt zu verbieten. Das ist nicht gelungen! Hier liegt eine Unterlassung des Generals v. Löffelholz vor, die mit der Abberufung geführt werden muß.

Ob das neue Kabinett der großen Koalition trotz dieser Stresemantrede nicht ein Versuch am untauglichen Objekt ist, dürfte bereits die nächste Zeit ergeben.

Der Reichskanzler stellte zuerst die Mitglieder des Kabinetts vor. Als er zu sprechen begann, wurde er von den Kommunisten mit dem „Achse“ unterbrochen: „Die Achse für Stinnes spricht!“ Der Reichskanzler erwiderte, ich kann verneinen, daß Stinnes mit der Neubildung des Kabinetts nichts zu tun hat. Nachdem der Reichskanzler noch mitgeteilt hatte, daß das noch unbekünte Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einem aus der Landwirtschaft stammenden und zu ihr im engen Vertronensverhältnis stehenden Herren besetzt werden soll, führte er weiter aus: Die Vorgänge der letzten Tage haben eine sehr starke Kritik erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustriellen sage zum Beispiel: Der Parlamentarismus habe vorgeschlagen, Besatzen Sie mir die Gegenfrage zu stellen: Hat denn nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stelle? (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Seit der Zeit des Kabinetts Schreyer haben die Bemühungen nicht aufgehört, die Herren heranzuziehen, die auf Grund ihrer praktischen Lebendigerhaltung der Ansicht sind, daß das Fehlen dieser Erzieherungen wesentlich zu dem Ver sagen der Staatsverwaltung beigetragen habe. Dann aber haben die Herren, die behaupten, daß der Parlamentarismus versage, sich dem Staate zur Verfügung gestellt, um zu zeigen, wie man es besser macht? Den Parlamentarismus führt man nicht ab, aburkund durch Resolutionen, sondern durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die Eine besser zu machen vermöge. (Lärm und rechts.)

Die ursprüngliche Idee des passiven Widerstandes war die gewesen, Fronten und Verbündeten durch den Beweis, daß sie das Nutzgebiet nicht produktiv ausdehnen könnten, zu Verhandlungen zu zwingen. Hier sollte Stresemann die wichtige Frage auf, ob bei früherem Abdruck des Widerstandes die

Situation günstiger gewesen wäre. Er mußte sie bejahen und hat dadurch das Urteil über seinen Vorgänger geprägt. Als richtigen Zeitpunkt für die Aufgabe des Widerstandes bezeichnetet der Reichskanzler den Moment, als Poincaré in Frankreich den schändlichen Angriffen wegen der Erfolgslosigkeit seiner Politik ausgesetzt war. Es lag in der zwangsmäßigen Entwicklung, daß sich die Wirkung des Widerstandes mit der Zeit abschwächte. Niemand darf daraus der Bevölkerung des Ruhrgebietes einen Vorwurf machen, die mehr als Menschenmögliches geleistet habe. Dies könne man sagen trotz der Zeichen einer Demoralisation, die sich besonders dadurch gezeigt habe, daß Kreidite des Reiches unverhohlen in Anspruch genommen wurden. (Burst: „Stinnes.“) Das erste Kabinett Stresemann stand eine Situation vor, in der die Franzosen und Belgier durch Aufgabe des Widerstandes allein nicht mehr aus dem Ruhrgebiet hinausdringen waren. Der finanzielle Zusammenbruch war gewissermaßen ein Barometer, das aller Welt die Lage Deutschlands angezeigt. Aus dem befreiten Gebiet selber häuften sich Meldungen über den Wunsch der Bevölkerung nach einem Ende. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister hatte dem Reichskanzler den bevorstehenden Zusammenbruch des Widerstandes angezeigt. Es galt für das Kabinett Stresemann, nun eine Formel zu finden, um die Aufgabe des Widerstandes zu politischen Verhandlungen an zu benutzen.

Unter großer Bewegung des Hauses gab der Reichskanzler zu, daß er in dieser Beziehung einen Misserfolg erlitten habe. Er schilderte die Vorschläge, die über den Friedensvertrag hinaus an Frankreich gemacht wurden, um die Grundlagen für eine internationale Auseinanderstellung zu schaffen und gewissermaßen ein Vögelk für die Steigerung des Ruhrgebietes zu zählen. Die hoffnungsvoll begonnenen Verhandlungen wurden abgebrochen, nachdem Poincaré den anderen Mächten gegenüber die bedingungslose Aufgabe des Widerstandes durchgesetzt hatte.

Wenn die Erklärungen richtig sind, die Poincaré gegenüber Baldwin abgegeben hat, daß er keine Annexionen und keine Belehrung der deutschen Hoheitsrechte wolle, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit, das zu beweisen.

Zur Sanierung der deutschen Finanzen übergehend führte Stresemann aus: Wir müssen ein neues Geld schaffen. Das Wichtigste aber ist der Versuch zur Reinigung der Wirtschaft. Die Vorschläge, die ich für die unmittelbare Hergabe des Besitzes an das Reich gemacht habe, sind das weitgehendste, was jemals dem Besitz zugemutet wurde. Wir

branchen dazu auch einen Eingriff in die Preisdiktatur, welche bei uns Formen angenommen hat, die wir nicht mehr ertragen können. (Stürmische Zustimmung.) Wir brauchen Mittel gegen eine Monopoldiktatur über Weltmarktpolitik, damit nicht der geforderten Steigerung an Leistungen die Ausdeutung durch unzureichende Preise entgegensteht. Auf diese Zusammenwirken sollen sich die Verordnungen beziehen, wegen deren wir von Ihnen eine Ermächtigung verlangen. Dieses Ermächtigungsgesetz müssen Sie uns geben. (Unruhe bei den Kommunisten.) Daher der Belagerungszustand da ist, liegt an Ihnen (nach links). (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten.) Es ist klar, daß der Belagerungszustand hier gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Stürmische Räuspern links.) Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien, anhaltender Juchzen und Phrasen bei den Kommunisten.) Nach langer Geschäftsbordmungsdebatte wurde die Befreiung der Regierungserklärung auf Montag 12 Uhr vertragt.

## Kompromiß über den Achtstundentag.

In der interfraktionellen Kommission, welche in der Nacht die Frage des Achtstundentages mit dem Arbeitsminister behandelte, ist es heute früh 8 Uhr zu einer Einigung über die Formel gekommen, mit der der Reichskanzler in seiner heutigen Erklärung diese Angelegenheit behandeln wird. Die Einigungsformel lautet: Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften bei organisatorischer Verbesserung unserer Wirtschaft und ehrlicher Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Regulierung der Arbeitszeitregelung unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normal-Arbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Übersetzung der festen Arbeitszeit im Interesse der volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbesserung der Produktion zu erzielen. Für die öffentliche Verwaltung sind ähnliche Grundsätze Anwendung.

## Proletarische Einigung in Mitteldeutschland.

### Sozialistischer Block gegen den Faschismus.

Am Sonntag vormittag fand im Leipziger Volkshaus eine Konferenz des sächsischen Ministerpräsidenten Brügel mit dem thüringischen Staatsminister Fröhlich statt, an der auch die Justiz- und Innenminister der Kabinete von Dresden und Weimar teilnahmen. Es handelte sich bei der Besprechung um die Abahnung der von den Kommunisten in ihren Bedingungen zum Regierungseintritt geforderten Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den „auftauchenden bayerischen Faschismus“.

Als Ergebnis der Konferenz steht die Berliner „Montagspost“ fest, daß der von den Kommunisten geforderte „Rote Block“ geworden sei, d. h. daß zwischen den beiden Regierungen volle Einigkeit über das Zusammensein der beiden Staaten bestehen. Die politische Entwicklung in Thüringen werde sich entsprechend derjenigen in Sachsen gestalten. Die Kommunisten würden in die Regierung Fröhlich einzutreten.

### Proletarische Einigung in Sachsen.

#### Eintritt der Kommunisten in die Regierung.

Über die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Sachsen teilt die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mit: Die Verhandlungen zwischen den Beauftragten der sozialdemokratischen und kommunistischen Landtagsfraktion und Parteivorsitzenden, die gestern nachmittag aufgenommen wurden, haben einen erfolgversprechenden Verlauf genommen. Es wurde Vereinbarung in wesentlichen Punkten erzielt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung in den nächsten Tagen erfolgen wird. Wie bekannt, tritt der Landtag am 9. d. M. um 11 Uhr zu seiner ersten Tagung nach den Ferien zusammen.

Der „Tag“ meldet aus Dresden, die angekündigte Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten sei nunmehr völlig zustande gekommen. Die Kommunisten würden Arbeits- und Kultusminister in einem Kabinett einzutreten. Die Namen der neuen Minister sollen heute bekanntgegeben werden.

### Gegen die große Koalition.

#### Ablehnende Stellung der Berliner Sozialdemokratie.

Nach vierzehntägiger Unterbrechung wurde gestern der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokraten fortgesetzt. Der „Montagspost“ zufolge, sprach für die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abg. Berg, für die radikale Minderheit Abg. An-

häuser. Die Anträge, die die Teilnahme der Sozialdemokratie im neuen Kabinett Stresemann willigen, wurden nicht einmal von sovielen Delegierten unterstützt, daß sie nach der Geschäftsabstimmung zur Abstimmung gebracht werden konnten. Dagegen fanden alle Anträge auf schärfste Missbilligung der Vorstands- und Fraktionspolitik ausreichende Unterstützung. Zu einer Abstimmung kam es gestern noch nicht. Die Debatte soll in zwei Wochen zu Ende geführt werden.

Auf dem gestrigen Parteitag wollte die Mehrheit den Bezirksparteitag, der in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort absetzen. Darüber gab es stürmische Auseinandersetzungen, da eine solche plötzliche Absetzung den Sitzungen widersprechen würde. Man einigte sich schließlich dahin, daß in der nächsten Versammlung die Abstimmung vorgenommen wird. Auch über den Antrag auf Absetzung der Redaktion des „Montagspost“ wird an diesem Tage die Entscheidung fallen.

### Ein Aufruf der bayerischen Sozialdemokratie.

Die Landtagsfraktion der B.C.P.D. in Bayern hat sich in zweitägigen Sitzungen eingehend mit der politischen Lage beschäftigt. Als Ergebnis der Diskussion wurde eine Resolution an die Partei beschlossen. In dieser heißt es u. a.:

Die Regierung Knilling hat den Ausnahmezustand verkündet. Die Regierung selbst verzichtet darauf, den Ausnahmezustand zu vollziehen, sie überträgt den Befehl anderen. Der Ausnahmezustand richtet sich in erster Linie gegen die Partei, gegen jeden einzelnen von uns. Die Abwehrorganisationen, die nach Jahrzehnten unermüdlichen Fortwährenden von Schändlichkeiten jeder Art, die Rechte der Notwehr gegründet wurden, sind angegriffen. Die Verbände derer, die nach ihrer Ankündigung den Bürgerkrieg heraufbeschworen und die Verhaftung öffentlich bedroht, bleiben bestehen. Das in der Reichsversammlung auch für einen Ausnahmezustand garantierte volle Rechtswiderricht wurde durch das Streitverbot genommen. Durch ein törichtes, unverständliches Schlagwort des Tages von dem „Kampf gegen den Marxismus“ glaubt man auf dem Wege der Diktatur eine Bewegung befähigen zu können, die weisegleichlich ist und die Gewalthaber von heute um Schändlichkeiten überdauern wird.

Unter dem schändlichen erbärmlichen Ausnahmezustand des Jahres 1878-1890 ist die Sozialdemokratie stark geworden. Denn sie kämpfte auf dem Boden des Gesetzes für die Rechte der arbeitenden Massen. In der Erinnerung an die Entwicklung der Partei und die Lehren der Geschichte rufen wir euch Sozialdemokraten zu: Seid treue, mutige, beständige Kämpfer! Lässt euch nicht provozieren! Die Gewaltlichkeit eures Handelns wird eure Gegner töten!

Die Fahne, die wir an den Gräbern August Bebels, Karl Grillobergers und Georg von Bismarck senken, wird eines Meisters durch Kampf zum Sieg führen.

# Verständigung mit Deutschland.

## Forderungen der englischen Arbeiterschaft.

In einem Communiqué, das nach einer Sitzung des gemeinsamen internationalen Ausschusses des Generalsekretärs des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der englischen Arbeiterpartei ausgegeben wurde, wird als Ansicht der englischen Arbeiterschaft erklärt, die britische Regierung müsse öffentlich erklären, daß nach ihrer Ansicht die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung eine sofortige Anerkennung verdiente in Gestalt einer prompten Wiederherstellung des zivilen und wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter der Verwaltung des deutschen Staats seiner Heimkehrerlaubnis für die Gefangenen und Verbannten, einer Wiedereinsatzung der abgezogenen Beamten, einer Wiederherstellung der Verbindung zwischen Ost- Westdeutschland und eines Aufhörens der Reichsabnahme von Waren wie der Verhaftung von Personen durch die Besetzungsbehörde. Die britische Regierung müsse weiter eine Erklärung gegen offene oder verdeckte Annexion deutschen Gebiets abgeben und die französische Forderung, daß deutsche Eisenbahner und Postbeamte der Regie den Treueid schwören, verurteilen. Ferner müßten ohne Vollzug Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland stattfinden, die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, die ihnen zukommende Rolle bei der Sicherung des Friedens und des Wiederaufbaus zu übernehmen, eine Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten und den andern in Betracht kommenden Mächten einzuberufen werden, damit man zu einer Vereinbarung über die internationalen Schulden kommt. Das Communiqué schließt: Wenn sich die französische Regierung weigern sollte, sich Großbritannien in der Frage sofortiger Verhandlungen mit Deutschland anzuschließen und Poincarés Politik fortzusetzen der Verlegung des Berliner Vertrages von neuem zu erwägen, müsse die britische Regierung eine Konferenz der Berliner Signatäre einberufen, um sie mit der neuen Lage zu beschäftigen.

Der politische Korrespondent der „Sunday Times“ schreibt: „Wenn man Lord Curzons Rede sorgfältig gelesen habe, so sei es schwer, dem Eindruck zu widerstehen, daß die in Paris zustandegekommene Ueber-einstimmung erzielt wurde durch etwas, was einer Kapitulation Englands ungewöhnlich gleicht. Es sei nur auffallend, daß bezüglich der Ruhrfrage die Regierung „ohne Ficht und Führung“ sei. Sie sähe, wie Deutschland in das Chaos und die Auflösung stürze, könne jedoch nur ohnmächtig zuschauen. Man werde Baldwin nicht beneiden, wenn er nächsten Montag seine Politik im Unterhaus verteidigen müsse.“ Die „Times“ wirkt besonders die Frage auf, ob England überhaupt irgendeine europäische Politik betreibe. Es sähe so aus, als ob die britische Politik ein Ende ihrer Mittel zur Behandlung des europäischen Durcheinander angelangt sei, und als ob sie in reiner Verzweiflung aufgeschört habe, eine eigene Ansicht zu besitzen, um sich in Zukunft damit zu begnügen, ihre Weisungen vom Land des Ortes entgegenzunehmen.

## Stimme bei General Deosutte.

## **Eine Mütter der Reichsregierung**

habeß melbet, daß General Degoutte die Industriellen Stiess, Glödner, Bögeler und den Bergwerksdirektor v. Pellen empfangen habe. Im Saal der Untertreibung seien die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit und die Weiterherstellung eines provisorischen Rodaus für die Sälfierungen durchgeprochen werden. Das "Journal des Débats" wärebi hietax. Es ist unverfechtbar, daß diese Verhandlungen möglichst ein schnellerer Fortschritt der Bedingung jedoch, daß sie sich beiderseitig auf die Reorganisation des normalen Lebens im Ruhrgebiet und nicht etwa zu einer Regelung des Separationsproblems führen sollen, für das die effizienten Abstimmungen aufrändig sind. Der Sonderberichterstatter des "Journal des Débats" beobachtet, daß Degoutte die

## Ein Kapitel Geschichte.

Endlich ist sich die lachsfarbige Bessarabië Staatsw-  
ischofswahl zwischen Recht, der Theodorus Süßer, der  
Wiederberufene, und Salischoff, der Freunde, unter den  
zwei Siege verbreiteten. Beide, ganz und unzweifelhaft ein  
eine Freu, sind als solche immer eine Wahlung beim  
Athen Wiener beim Archipelen Dorf. Sie es doch ersta-  
ut. Bei Aten fügt in Berlin. Von Berlin weiß jeder  
Stern, daß es in Wirklichkeiten ist.

Die Geschlechter müssen erhalten, mit den Reitern im Dorf und zwar ein Altes Gericht im Stile ehrwürdig zu werden. Es gilt kein Rechtsstreitigkeiten gegen Berater, Richter und Beamte.

Wieder Werat hat in Bozen seine Schilderungen überbracht. Die Kreuzabnahmetreiber sind die, die die ganze Landeskirche vertheidigen. Weil sie aus dem Domkapitel Bozen stammen, so ist es kein Wunder, dass sie auch den Namen der Kirche tragen. Sie sind die einzigen, die sich auf die Verteidigung des Landes einlassen. Sie sind die einzigen, die sich auf die Verteidigung des Landes einlassen.

Der Bühne Schriftsteller zu der Zeit ist gewissens-  
freudig, um einem leidet allgemein Schriftsteller gegen die  
Keramik-Pist zu suchen. Denn der Künstler sollte nach  
Stump beweisen kann das Brandenburger Tor eindeutig  
der Wiedergabe, um die Zukunft nicht kleinen  
dürfen. Die Jahre werden fortwährend mit alle Menschen  
und in Berlin mit Gefährlichen Frieden verbunden, um  
Friedenszweck Frieden und in Rechenschaft zu treten zu  
treffen. Der Bühnenplatz wird um eine Mutter herum, und  
Kunstgewerbe wird die neue Ring beschaffen, den es für

Der Bruder will wieder ausreisen. Er kann Deutschland und Österreich verlassen. Vorher soll die Staatsanwaltschaft untersuchen, ob er nicht Straftaten begangen hat. Wenn das nicht der Fall ist, kann er wieder ausreisen. Das Land hat keine Angst vor ihm, er kommt hier nur um seine Freiheit zu erhalten. Er kann hier nicht leben, weil es hier kein Arbeitgeber gibt. Er kann hier nicht leben, weil es hier kein Arbeitgeber gibt. Er kann hier nicht leben, weil es hier kein Arbeitgeber gibt.

Moritz Salomon hatte bekannt die Deutschen

Pariser Telegramme hatten behauptet, die deutschen Industriellen Klödner, Bögeler und v. Belsen hätten im Auftrage der Regierung mit General De-goutte verhandelt. Demgegenüber erfährt die „Montagspost“, daß diese Behauptung unrichtig ist, ebenso die, daß die Industriellen von Dr. Stresemann bestimmte Juftauftionen erhalten hätten. Weder habe ein Empfang beim Reichskanzler stattgefunden, noch habe dieser Instruktionen erteilt. Die Industrielen hätten also auf eigene Faust verhandelt.

## **Das Schicksal der Ruhrgefangenen.**

Von auverlässiger Seite wird aus Gelsenkirchen mitgeteilt: Zurzeit ist die Stimmung unter den deutschen Gefangenen sehr gedrückt, da diese über ihr Schicksal völlig im Ungewissen sind und da die Erwartungen, daß die Franzosen zum mindesten die politischen Gefangenen freilassen würden, sich nicht erfüllt haben. Wie groß noch die Zahl der Gefangenen ist, geht daraus hervor, daß sich in achtzehn Gefangenissen des Ruhrgebietes und des Brüderkopfes Düsseldorf noch 15 000 Gefangene befinden. Dazu kommen noch zahlreiche inländische Gefangene, die sich in den Kommissariaten des althergelegten Gebietes befinden, weiter jene Unglückslichen, die sich in Frankreich in St. Martin de Re und anderen Orten, in Belgien in Berrières befinden.

Jur. Fbrigen werden auch nach Erstellung des passiven Widerstandes den Gefangenen Feindfrei Erleichterungen gebracht. So ist ihnen z. B. das Seien politischer Tageszeitungen immer noch verboten; die Post ist vor allem deshalb für viele gegenwärtig eine feindselige Mutter, weil sie über die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet und in Deutschland nur sehr mangelhaft unterrichtet sind. Auch die Unterbringung der Gefangenen läßt noch wie vor sehr zu wünschen übrig. So seilten die 170 Gefangenen, die aus dem Serdener Zuchthaus in ein schwerer Gefängnis gebracht worden sind, unter der Haftnot. Ein Teil von ihnen ist gezwungen, auf dem Fußboden zu schlafen.

„Gegenbild.“ Der Präsident Miller an den am 4. Oktober die Todesstrafe, die am 29. Juni wegen angeblicher Sabotage gegen 7 Deutsche vom Kriegsgericht in Mainz verhängt wurde, in Lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Arbeitsaufnahme im Hützgebiet. Verhandlungen des Betriebsrats der Zeche Rellinghausen mit den Franzosen haben unter Zusicherung von Lebensmitteln seitens der Franzosen zu folgenden Vereinbarungen geführt: 1. Die Franzosen mängeln sich in den unterirdischen Betrieb in keiner Weise ein, sondern behalten lediglich die Überleitung im Kokerei- und Chemischen Betrieb. 2. Die Deputatstöhlen für die Belegschaft werden freigegeben. 3. Die französischen Posten werden von der Zeche übernommen. 4. Die Kokerei wird wieder in Betrieb gesetzt.

Serbet der „Berliner Volkszeitung“. Der Befehls-  
haber im Wehrkreis 3 hat die „Berliner Volkszeitung“  
bis einschließlich 14. Oktober wegen Unwiderrufung  
gegen die Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom  
1. 10. verboten.

Die türkischen Truppen haben gestern ihren Eingang in Konstantinopel geholt. Sie wurden von der Bevölkerung mit ersticktem Entzücktheit empfunden.

Politische Spionage in Oberösterreich bildete den Gegenstand einer fünfjährigen Verhandlung vor dem Strafgericht des Reichsgerichts gegen 13 Angeklagte. Der Aufseher war ein gewisser Oswaldowitsch alias Berger, der früher Offizier der Reichswehr war und sonst als politischer Centraal Spionagedienst leitete. Er hatte den Auftrag mit Hilfe verschiedener Agenten bestand, Stärke und Organisation der Reichswehr festzustellen, ebenso des oberösterreichischen Selbstschutzes. Zu er ein umfassendes Geständnis ablegte, das die Gefahr für das Mittägliche ermöglichte und weitere Mitteilungen an den polnischen Generalstab verhinderte, erhielt er nur 5 Jahre Gefängnis. Seine Mithelfer, die zum Teil schwere Einfälle verübt hatten, um sich Material zu verschaffen, wurden zu Haftstrafen von 3 bis 8 Jahren und Schreckhaft von 5—10 Jahren verurteilt, mit zwei Angeklagten fanden mit Gefängnissstrafen von zwei Jahren dorva.

Und darf sich mit seinem Ansché de triomphé feiern. Wilhelm II. betrügt sich darüber der Größe der Herrenwagenfahren, und alleß langt nach vorne ein.

## **Die Geographie des Deutschen nach Amerika.**

Reich zu bilden verfügt soll, wie bereits berichtet, einer der größten Verbände der modernen Werbefabrik zugeschaut werden: ein Sonderfonds Deutsches Amerika. Die Rückgewinnungsliste, die für diesen Vertrag auf der Republikaner im Reichstag beschlossen wurde, ist zweckmäßig geprägt und hätte dann in den einzelnen Städten ihre wahre Erfüllung finden sollen. Dieser Sonderfonds hat sofort, der Befehl im Deutschen Reich erwartet wurde, in einem der amtierenden Kreisbeamter. Sie nach dem Beispiel Friedensvereinigung des Sozialen und die Regierung eines Sozialstaates habe, und dieses Recht auch ausgeübt hat, aber den Fokus nicht genauso auf Rückgewinnungsliste konzentriert, sondern ihn bei Bevölkerung. Der Sonderfonds soll unter einer sozialen Staats- und Parteipolitik geschaffen werden, und darum gilt er als abgenommen. Der Vorsitz Deutscher Kreisbeamter soll einer Sonderfondsleitung eingesetzt, und zwar kommt dem ersten Tag — etwa 2000 Kreisbeamter! — in 50 bis 60 Städten vereidigen zu können. Zuerst soll besondere Abschaffung bei Sonderfonds werden mit höheren Steuern Deutscher Reise, die ausreichen, um die Kosten des Betriebs zu decken.

und schreibt dem kleinen Geschwister und Schwester will, nimmt es bei jedem als Wünsche teil, und das kann bestimmt mit der Gewissheit bestehen zu haben. Die Sicherheit der Gewissheit werden im Verlaufe des sozialistischen Werkes mehr und mehr gewahrt werden, und leicht zu bestehen, daß das Gewissen mit dem neuen menschlichen Geschwisterhaften Gefüge ganz einverstanden ist, daß die Menschheit selber besser lieben werden. Das soll den zukünftigen Geschwistern lehren. Sie oft überreden, im Falle und der Stelle ihres Vaters oder Mutter nach Menschen zu erschaffen. Menschen in der Zukunft werden nicht älter — sie sind ja Menschen. Aber Freude und Leben zu erfreuen, das kann im Augenblick viel schwieriger werden — der alte Mensch, der jenseits untergegangen ist, kann nicht mehr leben. Aber Freude und Leben zu erfreuen, das kann im Augenblick viel viel schwieriger werden — der alte Mensch, der jenseits untergegangen ist, kann nicht mehr leben.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Trübe Aussichten in der deutschen Industrie. Über die Lage der deutschen Wirtschaft im September geben die Berichte der preußischen Handelskammern ein sehr ungünstiges Bild. Überall Produktionsbehinderungen, Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen. Die meisten Erzeugnisse haben den Weltmarktpreis überschritten. Aufträge geben kaum noch ein, alte Aufträge werden zurückgezogen. Im *V o f o m o t i v b a u* kamen weder vom Inland noch vom Ausland neue Aufträge herein. Selbst Auftragen in nennenswertem Umfange liegen nicht vor. Der Auslandsabsatz in chemischen Präparaten hat in erschreckender Weise nachgelassen. In der Industrie der *S t e i n e* und *E r d e n* ist das Geschäft infolge der schwankenden Währungsverhältnisse und der allgemeinen Absatzstörung fast zum Stillstand gekommen. In der *P u p l e r i n d u s t r i e* hat sich vor allem die Lage der Briefumschlagindustrie inzwischen weiter verschlechtert. Das Personal war in letzter Zeit bereits mit noch drei Tage in der Woche beschäftigt und ist weiter verringert. Die Lage der *B a u s t o f f i n d u s t r i e* hat ebenfalls eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Betriebe sind zu mehr oder weniger umfangreichen Arbeitszeitverkürzungen übergegangen. Das gesamte deutsche Handgewerbe befindet sich in schwerer Notlage; sämtliche Firmen des Schriftgießereigewerbes arbeiten seit dem 1. September verkürzt, die meisten von ihnen nur 24 Stunden in der Woche. Am schwierigsten ist die Lage der Zeitungldruckereien; ähnlich schwierig aber auch die der Alzidenz- und Werkdruckereien, doch es in diesem Monat besser werden könne, erscheint unter den obwaltenden Umständen fast ausgeschlossen.

**Weitere Steigerung des Notenumlaufs auf 5444 Billionen.**  
Der Ausweis der Reichsbank vom 22. September zeigt eine weitere gewaltige Anspannung des Standes der Bank. Die gesuchte Kapitalanlage hat sich gegenüber der Vorwoche mehr als verdreifacht; sie stieg von 4551,8 Billionen Mark auf 14 001,5 Billionen Mark. Von dieser Zunahme in Höhe von 10 449,2 Billionen Mark entfiel wieder weitauß der größte Teil auf das Schabanweisungskonto, dessen Bestand von 3808,4 Billionen Mark um 8421 Billionen Mark auf 12 229,4 Billionen Mark anstieß. Das Wechselkonto stieg von 703 Billionen Mark um 1497,6 Billionen Mark auf 2200,6 Billionen Mark. Das Lombardkonto stieg von 99,8 Billionen Mark um 528,9 Billionen Mark auf 568,7 Billionen Mark. Mit der rasantesten Vermehrung het Anlagen der Reichsbank trat eine entsprechende Vermehrung der Passiven ein: der Notenumlauf allein wuchs von 3183,7 Billionen Mark um 5444 Billionen Mark auf 8627,7 Billionen Mark. Daneben stieg die Summe der fremden Gelder von 1954,4 Billionen Mark um 4198,4 Billionen Mark auf 6152,8 Billionen Mark. Der Goldbestand verminderte sich um 20 Millionen Goldmark, die zum Zwecke der Devisenbeschaffung verpfändet wurden.

Lodz verlangt Wiebergutmachung. Die Lodzer Textilindustrie hat Schadenerstattungsanspruch in Höhe von 30 Millionen Dollar an die deutsche Regierung gestellt wegen der Beschlagnahme von Textilwaren und -maschinen während der Okkupationszeit. Der Prozeß ist vor dem Internationalen Gerichtshof in Paris angestrengt. Der Verhandlungstermin ist auf Ende November anberaumt. Die politischen Interessen werden von dem Pariser Advokaten Lemonon vertreten. Wie die „Textil-Welt“ meldet, sollen die Aussichten für die polnische Industrie sehr günstig sein, es sei denn, daß der Internationale Gerichtshof sich in diesem Streitfall nicht für zuständig erklärt. Sollte Polen den Prozeß gewinnen, so würde diese Summe genügen, der polnischen Textilindustrie einen vollen Betrieb für mindestens 4 bis 5 Monate zu garantieren. Die Forderungen der Lodzer Textilindustriellen kommen reichlich spät; sie scheinen mehr der Sorge der Be- schaffung des knapp gewordenen Betriebskapitals zu entspringen, als einer Klärung der Rechtslage. Das geht auch daraus hervor, daß die Industriellen fast 5 Jahre verstreichen ließen, ehe sie die Forderungen erhoben.

**Stinnes in der Fensterglasproduktion.** Im Essener Vorort Garncap sind große industrielle Neuanlagen im Entstehen begriffen. Im Auftrage von Hugo Stinnes soll die Herstellung von Fensterglas nach einem neuen amerikanischen Verfahren bald aufgenommen werden. Das Fensterglas soll danach nicht mehr geblasen, sondern im Walzprozeß hergestellt werden. Das Patent gehört der American Glass Company und ist von Hugo Stinnes für Deutschland erworben worden. Es ist anzunehmen, daß Stinnes sich das Rohmaterial für die Fabrikation durch Ankauf von Quarzgruben gesichert hat. Mehrere Fabrikatlagen sollen auch in Hirschberg und im Rauselus gebaut werden. Gleichfalls in Garncap ist eine weitere große Neuanlage entstanden, und zwar zur Ausbeutung des aus der Bette Graf Bismerk erprobten Verfahrens zur Belebung von Steinkohle. Die Fensterglasfabrik wird also mit billigen Heizstoffen gut versorgt werden können, da beide Fabriken eine wirtschaftliche

Rasierer verboten! Alles Mögliche hat man zu allen möglichen Seiten schon verboten. So gab es denn auch einmal eine Zeit, in der das Rasieren verboten war. Es war in Russland, und zwar im Jahre 1681, als der Patriarch Joachim eines Tages das Verbot erließ, daß nicht nur alle die, die sich rasieren ließen, mit einem schweren Bann bestraft würden, sondern auch die, die mit Rasierern verkehrten. Als Joachim starb und der Patriarch Adrian an seine Stelle trat, wurde es womöglich noch schlimmer, denn nun wurde das Geleß noch verächtlich, und es wurden tatsächlich alle Barbiere, sowie diejenigen die sich bei ihnen rasieren ließen, streng bestraft, weil, wie der fromme Mann sagte, das Rasieren den Anordnungen Gottes zuwider sei und der Mensch ~~zum Gott nicht~~ mit ein Ebenbild Gottes, sondern wie ein Hund oder ein Räuber aussehe. „Der Bart sei eine getigewollte Zier“, hieß es, und nur, wer dem „Bieb ähnlich“ leben wolle, trage seinen Bart. Das wollte nun natürlich niemand, und die Folge war, daß um diese Zeit die Männer in Adrians Saalstreis als richtige Baldmenchen umherstießen. Peter der Große“ aber war anderer Meinung als sein Patriarch. Im Jahre 1699 hob er das Rasierverbot auf. Dann kam aber wie immer das Extrem. Es wurde eine Barthaarstrafe eingeführt, und wer wieder einen Bart tragen wollte, mußte bis zu 100 Rubel Steuer dafür bezahlen.

Erinnerung macht kein Es ist ein Glücksfall in diesen traurigen Zeiten noch immer wieder mal ein bisschen für Sommer gefordert wird. Als ein Hamburger Geschäftsmann im April mit seinem Auto nach Darmstadt fuhr, ahnte er noch nicht, daß diese Reise solche Folgen haben werde. Denn er fuhr in Darmstadt ganz harmlos auf der einen Seite des Friedens-Parkplatzes und wußte nicht, daß es die falsche Seite sei. Über der Schutzhütte wachte es und schrieb es auf, nämlich die Nummer des Baggers. Sein Eigentümer wurde auf dem Dienstweg ermittelt und dann die Gewerbe wegen der Unberechtigung verboten. Das Gerichtshof ging nach Darmstadt und von dort kam nun nach dreijähriger Zeit ein Schreiben des Darmstädter Amtsgerichts mit Aufschluss-Befehl. Dieses Schreiben war mit 12 Marken zu 500 Pfennig und einer Werle zu 2000 Pfennig frankiert und es enthielt einen Strafbefehl auf eine Geldstrafe von 1000 Pfennig und Abfindung der Kosten des Verfahrens. Die 12 Pfennige Markt und Werle waren 50 Pfennig wert, also 50 000 Pfennige für die Strafe auszuzahlen und dafür 1000 Pfennig einzuzahlen. Unter keinen Umständen wäre die Strafe eingezahlt worden, aber bestimmt wäre die Strafe eingezahlt worden.

# Danziger Nachrichten.

## Die Lösung der Währungsfrage.

In einer Sitzung des Haupthausschusses des Volkstages berichtete, wie bereits kurz gemeldet, Senator Voltmann über seine Verhandlungen in Genf und London.

Über das Währungsproblem führte Voltmann aus, daß es außerordentliche Schwierigkeiten verursacht habe. Die Forderungen Danzigs und die Forderungen Polens gingen ursprünglich sehr weit auseinander. Nur dank der mächtigen und vermittelnden Mitwirkung des Finanzkomitees des Völkerbundes sei es überhaupt möglich geworden, eine Basis für Verhandlungen zu gewinnen. Die Vertreter der Republik Polen verlangten ursprünglich vorweg die Anerkennung Danzigs, daß mit diesen Verhandlungen bereits die Vereinheitlichung der Währungen beginne. Die zweite war, daß Danzig anerkenne, daß es verpflichtet sei, spätestens drei Monate nach Einführung der polnischen Währung die polnischen Währungsvorschriften ohne Zustimmung durch den Senat zu übernehmen, und daß es allen fünfzig polnischen Währungsvorschriften unterworfen sei. Außerdem erklärten in Genf der polnische Minister Sucharski und gab die Erklärung ab, daß Polen unmittelbar vor der Stabilisierung seiner eigenen Währung stände und spätestens am 1. Januar 1924 ein neues endgültiges Geld eingeführt haben werde. Unter diesen Umständen sei es dringend notwendig, daß Danzig nicht selbständig vorgehe; denn sonst würde Danzig zwei Krisen durchzumachen haben, zunächst die eigene Krisis und dann die viel schlimmere und schwere polnische Krisis. Danzig solle daher auf eigene Lösung verzichten und gleich die polnische Lösung übernehmen. Senator Voltmann lehnte es ab, auf dieser Basis in Verhandlungen überhaupt einzutreten.

Durch Einwirkungen des Finanzkomitees hat Polen dann seinen Standpunkt in wesentlichen Punkten geändert. Es sind besonders drei Punkte gewesen, über die eine Einigung nicht zu erzielen war, die erst durch Eingreifen des Finanzkomitees herbeigeführt wurde. Der erste Punkt ist die Frage der Einteilung des Kapitals. Der zweite Punkt war die Beteiligung des polnischen Kapitals an der Danziger Notenbank. Die Vorlage auf Beteiligung polnischen Staatskapitals hat Senator Voltmann abgelehnt, da die Bank eine Privatbank sei. Auch der Danziger Staat würde sich nicht beteiligen, weder mittelbar noch unmittelbar. Daraus verlangten die Polen die Beteiligung einer Gruppe von polnischen Banken, rein Danziger Banken polnischen Charakters, an dem umlaufenden Kapital in der Höhe von 40 Prozent. Von Danziger Seite wurde erklärt, daß die Hinzuziehung von Danziger Banken polnischen Charakters nur in dem Umfang erfolgen könne, der der geschäftlichen und finanziellen Bedeutung dieser Banken entspreche. Die Umsätze und Gewinne dieser Banken betrügen aber zusammen gerechnet noch nicht einmal zehn Prozent der gesamten Banken in Danzig. Das Finanzkomitee hat darauf den Beteiligungssatz auf höchstens 25 Prozent festgesetzt. Unter allen Umständen sollen Danzig mindestens 60 Prozent des Kapitals für rein Danziger Zwecke, bestensfalls aber 70 Prozent sicherstellenbleiben. Der dritte Punkt, der zu erheblichen Schwierigkeiten Anlaß gab, war die vorliegende Möglichkeit eines Rückwerbs des Notenprivilegs vor seinem Ablauf. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Danzig und Polen hat das Finanzkomitee dahingehend entschieden, daß unabhängig von einer Vereinheitlichung der Währungen der Rücklauf des Notenprivilegs vorzeitig nicht in Frage komme. Das Finanzkomitee hat dabei klar den Standpunkt vertreten, daß die Umsetzung niemals abgestoßen sein dürfe und daß eine etwaige künftige Umsetzung abhängig sei von dem Interesse, daß auf beiden Seiten an einer Münzeinheit besteht. Das Finanzkomitee hat sich weiter auch klar dahin ausgesprochen, daß eine Umsetzung nicht erfolgen dürfe, bevor eine volle Bewährung durch längere Frist einer stabilisierten Währung eingetreten sei. In seinen weiteren Ausführungen wies Senator Voltmann darauf hin, daß dieses Abkommen erst in Kraft trete, nachdem Danzig über die Währungsreform seitens der fünfzig Notenbanken einen ausländischen Kredit erhalten habe. Die Bedeutung des Abkommen steht noch seiner Urteil an, darin, daß es durch dieses Abkommen möglich gewesen sei, die polnische Forderung auf Vereinheitlichung der Danziger Währungsreform und auf eine unmittelbare Sanierung abzulehnen.

An der Einführung der Währung erklärte Voltmann, daß der Senat nunmehr seine ganze Kraft unter Zurückstellung anderer Aufgaben, dafür einsetzen werde. Alle einzelnen Fragen würden gleichzeitig und mit größter Beleidigung gefördert. Das gelte für die Lösung der Organisationsfrage, Auflösung der Sektionen und des Prinzipatz des Notenbanks und für die Lösung der Namensfrage, der Personalfrage. Für die Auseinandersetzungen mit der Reichsbank für die Herstellung der Scheine, der Banknoten und des Metallgeldes sei. Die nächste Beschlagnahme würde aber nicht ausreichen, um die Währung vor heute am Montag oder auch innerhalb von wenigen Wochen einzuführen. Da die Verhältnisse in Danzig einen Zustand bis zu diesem Termin nicht erlaßen und auch unvorhersehbare Ereignisse eintreten könnten, sollte die sofortige vorläufige Sitzung durch Errichtung eines Amteshofsolden erschaffen. Die vorläufige Sitzung ist für einen Zeitraum von etwa 3 Monaten berechnet. Daburch würde sich Danzig auf das Pfund und den französischen Gulden einstellen. Die Zwischenstufen werden in einer bestimmten Frist, in etwa drei Monaten, zum vollen Ausgang ohne jeden Übergang in endgültiges Geld umgewandelt werden. Die Deckung für den Brüderungsanspruch soll durch den Verleih erfolgen. Jeder, der Pfunde, schulde, erhält Gulden ausgeliefert. Es könnten auch Dollar und Mark eingezahlt werden, sie würden dann in Pfunde umgerechnet werden. Die Pfunde würden als Deckung ge-

halten und dafür kleinere Einheiten ausgegeben. Voltmann erklärte zum Schluß, daß nunmehr die volle Gewähr vorhanden sei, daß das künftige Geld ein gutes, dauerndes und gesichertes sei werde.

## Unternehmer-Willkür.

### Schließung der Betriebe von Gutschow.

Am 6. Oktober teilte die Betriebsleitung der Firma Gutschow u. Co., die in der ehemaligen Gewehrfabrik neben einer Rechenmaschinenfabrik auch die Herstellung von Zigarettenmaschinen betreibt, ihrer Arbeiterschaft mit, daß die Fabrikation von Zigarettenmaschinen bis auf weiteres eingestellt werde und sie unter diesen Umständen auch nicht in der Lage sei, den Rechenmaschinen-Betrieb allein aufrechtzuerhalten. Sie sei daher gezwungen, alle Arbeiter zu entlassen.

Zur Vorgeschichte dieser Maßnahme wird uns vom Metallarbeiterverband gefüllt: Nach dem Generalstreik verlangte die Arbeiterschaft wiederholte die Entlohnung nach dem Abkommen vom 11. August. Die Firma erklärte, sie würde Goldlöhne nur bezahlen, wenn die gesamte Metallindustrie sie einflöge. Die Arbeiterschaft wartete die bekannten Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen, den ergangenen Schiedsspruch und auch noch das Urteil des Gerichtsgerichts ab, gebündete sich auch noch, bis Senator Runge seine Kritik bei den Metallindustriellen versuchte. Nachdem auch durch diese Vermittlungen nichts erreicht wurde, beschloß die Arbeiterschaft nunmehr, noch einmal Verhandlungen auf der Goldlöhnbasis nachzufließen. Aber auch jetzt erfolglos. Die Firma forderte die Verhandlungsvertreter auf, doch zu streifen!

Dies wurde zunächst abgelehnt und der Schiedsgerichtsausschuß auf Grund des Tarifvertrages angerufen. Dieser konnte in einer Sitzung am 19. September keinen Schiedsspruch abgeben, weil der neue Betriebsleiter Reiz erklärte, bei der Firma bestehende Überhaupt kein Lohnstreit. Es bedurfte erst langer Feststellung und der Schiedsgerichtsausschuß entschied: 1. daß ein Lohnstreit besteht; 2. daß die Parteien noch einmal versuchen sollen bis 22. September zur Einigung zu kommen, andernfalls ein Schiedsspruch ergehen wird, der ab 17. 9. Kraft hat. Eine Einigung ist auch dann mit der Firma nicht erzielt worden, worauf am 25. September ein Schiedsspruch gefällt wurde, der den Lohnarbeiter in der Spize 28 Goldpfennig, den Aufförderern 28 Goldpfennig gemäß Lohnabkommen vom 11. August ausprach.

Dieser Schiedsspruch wurde bis 30. 9. angenommen oder abgelehnt werden. Die Arbeitnehmer nahmen ihn an, die Firma nicht. Am 1. Oktober versuchte die Arbeiterschaft noch einmal vorsichtig an einer Einigung zu kommen. Am 4. Oktober sollte sich sich dann in einer Urabstimmung entscheiden, was nunmehr in der Goldlöhnefrage geschehen solle. Dazu sollte es jedoch nach dem unerwarteten Ratschlag des Betriebsleiters Reiz nicht kommen.

Am 3. Oktober vormittags gegen 11 Uhr unternahm ein getreuer Vorarbeiter des Betriebsleiters einen Vorstoß gegen einen in der mechanischen Branche gut bekannten Arbeiter, der augleich Vertrauensmann des Verbandes ist, wegen angeblich schlechter Arbeit. (Der Betreffende arbeitet seit Jahr und Tag bei der Firma.) Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen, als deren Folge die sofortige Entlassung des Vertrauensmanns durch den Betriebsleiter ausgesprochen wurde. Vermittlungsbemühungen des Betriebsausschusses bei dem Betriebsleiter waren vergeblich. Der Herr entzündete selbstherlich, ohne Befragung der Direktion.

Die Arbeiterschaft, die naturgemäß schon durch die vorliegende Lohnfrage erregt war, stellte infolge dieser eigenmächtigen Handlung die Arbeit sofort ein.

Die vom Metallarbeiterverband eingesetzten Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit des Betriebsleiters. Die Arbeiterschaft behauptete sich mit der Lage am Sonnabend und nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Schließung des Betriebes, dieses schon oft angewandte Mittel, um die Arbeiter einzuschüchtern, nicht geeignet sei, die Belegschaft von ihrer gerechten Forderung nach zeitgemäßer Entlohnung abzuhalten. Die Ausgesetzten lehnen es ab, für 1,40 Mark Werte zu schaffen, während sie selbst hungern müssen.

Der Betrieb gilt für jeden Arbeiter als gesperrt.

## Vereinheitlichung der Landkreise.

Am 1. November verläßt Landrat Wenke seinen bisherigen Wirkungskreis im Kreis Danziger Höhe und tritt als Regierungsrat am Oberpräsidium in Hannover in den preußischen Staatsdienst zurück. Die Stelle des Landrats im Kreis Danziger Höhe soll nicht wieder besetzt werden, da ernstlich davon gedacht wird, zur Vereinigung der Verwaltung die beiden Landkreise Danziger Höhe und Niederung zusammenzulegen. Landrat Walser vom Kreis Danziger Niederung soll vorläufig mit der vertretungsmäßigen Verwaltung des Landratsamts Danziger Höhe beauftragt werden.

Der Taglohn der Salarbeiter beträgt ab 8. Oktober 72 Millionen Mark. In weiteren Abschlägen werden gezahlt: für Einladungen von Wohnung 8 Millionen Mark pro Stunde. Schmiedegeld 36 Millionen Mark pro Tag und ein täglicher Stiefeleld von 72 Millionen Mark; das Warteeld beträgt 90 Millionen Mark pro Stunde. Im Salar beschäftigte Frauen haben Anspruch auf einen Stundenlohn von 36 Millionen Mark. Die ersten beiden Nebensünden werden mit je 185 Millionen Mark, die weiteren (Nachstunden) mit 188 Millionen Mark und die Sonntagsarbeit mit 180 Millionen Mark bezahlt.

## Wirtschaftliche Berechnungszahlen.

8. Oktober 1923.

	Gültig vom 8. bis morgen mittag
Entwertungsmultiplikator (nach dem Dollar-Briefkurs)	213 148 809
Baldamerl eines Goldpfennigs	2 131 488
Goldpfennig für Gas, Strom, Wasser, Meter für 8. Oktober	1 825 397
Preis f. Milch (Grundpreis 13 Pf., Multiplik. 2 123 810)	27 000 000
" Butter (95 " 2 123 810)	210 000 000
" für dunkles Brot	44 000 000
" helles Brot	49 000 000
Lohngoldpfennig der Woche	1 299 307
Leicht Lebenschäftungsindex (2. 10.)	42 359 745
Legale Tenerungszahl (2. 10.)	4 116 520 000
Wert einer Silbermark (amtlich)	55 000 000
Schlüsselzahl im Buchhandel	75 000 000

## Fahrpreise, gültig bis Mitternacht.

	8. 10.	9. 10. (etwa)
Eisenb. III. Kl. Straßenb.	Eisenb. III. Kl. Straßenb.	
Danzig - Langfuhr	27 000 000	36 000 000
Danzig - Oliva	45 000 000	54 000 000
Danzig - Zoppot	63 000 000	74 000 000
Stadtlinie Danzig	—	18 000 000

	Postgebühren.
Danzig Ort	Postkarten Briefe
Freistaat Deutschland, Polen	1 000 000 2 000 000
Ausland	2 000 000 5 000 000

## Devisenkurse

(Amtliche Kurze vom 8. Oktober 1923.)

Dollar:	887 775 000 (Geld), 896 225 000 (Brief)
Pfund:	4 189 500 000 " 4211 500 000 "
Poln. Mark:	94 762.50 " 95 237.50 "

## Der Abonnementspreis der „Danziger Volksstimme“

Wir wir unser Lesern bereits am Sonnabend mitgeteilt haben, in der Bezugspreis der „Danziger Volksstimme“ für diese Woche freibleibend. Sowohl dieser noch nicht bezahlt worden ist, liegt es im Interesse der Leser, ihm heute noch an die Trägerinnen abzuführen. Von Dienstag an beträgt der Abonnementspreis

70 Millionen Mark.

Solange die deutsche Mark den derzeitigen Schwankungen unterliegt, müssen wir den Preis auch noch für die späteren Tage dieser Woche frei lassen, so daß wir am Tage vorher den veränderten Preis für den nächsten Tag bekannt geben.

Der Verkauf der Gadschauung. Eine im heutigen Anzeigenteile unserer Zeitung veröffentlichte Bekanntmachung des Senats weist darauf hin, daß die Beamten der jüdischen Werke, die den Verbrauchern von Gas usw. die Rechnungen überbringen, berechtigt sind, die Beiträge entgegenzunehmen. Dadurch kann das Aufladen der Kasse des Städtischen Betriebsamtes vermieden werden. Durch den Bezug von Gutachten sei den Verbrauchern die Möglichkeit gegeben, Gas, Elektrizität und Wasser an festen Preisen zu bezahlen. In Zukunft sollen die Rechnungen, soweit irgend möglich, jedem Verbraucher annähernd am gleichen Tage des Monats ausgestellt werden.

Der Kampf um die Goldlöhne in der Metallindustrie. Die Unternehmer in der Metallindustrie haben gegen das Urteil des Gewerbege richts, daß die Rechtsverbindlichkeit des Abkommens vom 11. August bestätigte, Bekanntgabe beim Landgericht eingereicht. Die Verhandlung vor dem Landgericht ist auf den 21. Oktober ange setzt worden.

Niederschlagung von Goldentwertungszuschlägen. Das Landessteueramt ist ermächtigt worden, die nach dem Steuergrundgesetz zu zahlenden Goldentwertungszuschläge beim Vorliegen besonderer Gründe niederschlagen.

Hebammengebühren nach Goldmark. Durch eine Verordnung des Senats sind die den Hebammen zu leistenden Gebühren in Goldmark festgesetzt worden, und zwar für den Beifall bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 2 bis 16 Goldmark, für jede folgende Stunde 0,25 bis 1,20 Goldmark. Eine Goldmark sind zurzeit rund 175 Millionen Papiermark.

Standesamt vom 8. Oktober 1923.

Todesfälle: Invalid Hermann Kallweit, 71 J. 4 M. — Händler Bernhard Michaelson, 62 J. 2 M. — Kaufmann Franz George, 69 J. 9 M. — Invalid Albert Otto, 64 J. 3 M. — Witwe Bertha Franziska Doran geb. Demski, 78 J. 2 M. — Witwe Karoline Bahnski geb. Kirschewski, 73 J. 4 M. — Witwe Henriette Dettlaff geb. Kirsch, 69 J. 4 M. — Frau Martha Elamowicz geb. Stern, 26 J. 9 M. — Witwe Friederika Parikel geb. Recht, 73 J. 2 M. — Frau Auguste Kanter geb. Wagner, 62 J. 6 M. — Schneider Louis Königsmaier, 88 J. Unbeklich 1 Sohn.

Verantwortlich: für Politik Ernst Gooss, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Justiz Anton Hoek, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehrlich u. Co. Danzig.

# Die Bedeutung der Volkstagswahl wird am Mittwoch, 10. u. Donnerstag, 11. Okt. in 13 Wählerversammlungen

behindert, und zwar

am Mittwoch, den 10. Oktober, abends 7 Uhr

Langfuhr: Kleinhammerpark

Kneipab: Werdertor

Weichselmünde: Restaurant Doran

St. Albrecht: bei Werts

Westl. Neufähr: bei Krause

Donnerstag, den 11. Oktober,

abends 7 Uhr

Niederstadt: Gemeindehaus, Barbaraz.

Ohra: Ostbahn





